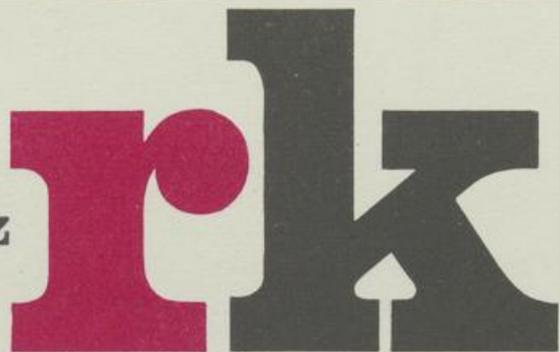


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 9. März 1983

Blatt 647

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS 1,2 Millionen für Flüchtlingshilfe  
ausgesendet: Ausbau der U 3 geht vor Verlängerung bestehender  
(grau) Linien

Kommunal: Wien verkauft Grundstück für veterinärmedizinische  
(rosa) Uni  
Strikte Regelung für Spielapparate  
Große Werbeaktion für die U-Bahn  
Reduzierung des Schwefelgehaltes im Heizöl  
Städtebund gegen zweistufigen Finanzausgleich  
Neue Wohngemeinschaft des Jugendamtes in Favoriten

Politik: Gratz bei Messeeröffnung: Arbeitsplätze nicht aus  
(rosa) dem Osten verlagern

Nur  
über FS: 8.3. Neues Signet für die Badner Bahn

.....  
Bereits am 8. März 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

1,2 Millionen für Flüchtlingshilfe

=++++

13      Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für  
Gesundheit und Soziales genehmigte Dienstag eine budgetäre  
Überschreitung der Flüchtlingshilfe für das Jahr 1982 in der Höhe  
von 1,2 Millionen Schilling. Damit beliefen sich die Ausgaben des  
Sozialamtes für die Flüchtlingshilfe im vergangenen Jahr auf  
27,2 Millionen Schilling - wesentlich mehr als 1981, damals waren es  
rund 13 Millionen Schilling. (Schluß)    zi/gg

NNNN

.....  
Bereits am 8. März 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Ausbau der U 3 geht vor Verlängerung bestehender Linien (1)

Utl.: Wurzer: Maßgebend sind Kosten/Nutzung-Überlegungen

=++++

14 #Wien, 8. 3. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ. Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER nahm Dienstag nachmittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Stadtplanung zu einem Beschlußantrag der Gemeinderäte Dipl. Ing. Dr. PAWKOWICZ, Dr. HIRNSCHALL und KUCHAR Stellung. Die freiheitlichen Mandatare hatten gefordert, mit zusätzlichen Mitteln in den nächsten Jahren nicht den Ausbau der U-Bahnlinie U 3 zu beschleunigen, sondern die vorhandenen U-Bahnlinien zu verlängern und in erster Linie die Stadtrandgebiete mit größeren Siedlungen an das bestehende U-Bahnnetz anzuschließen.

Stadtrat WURZER wies darauf hin, daß 1979 durch die Vereinbarung zwischen Bund und Stadt Wien der Ausbau der U 3 und der U 6 mit einer Kostenbeteiligung des Bundes von 50 Prozent sichergestellt worden sei. Auch in der 1980 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption sei die zweite Phase für den Ausbau des U-Bahnnetzes eindeutig festgelegt. Auf Grund der absehbaren Stadtentwicklung müsse eine Verlängerung bestehender U-Bahnlinien hinter den Ausbau der Linien U 3 und U 6 gereicht werden. Dafür seien vor allem Kosten/Nutzen-Überlegungen maßgebend. Der Ausschuß nahm den Bericht von Stadtrat WURZER mit Mehrheit zur Kenntnis. # (Forts.)  
sc/sim

NNNN

.....  
Bereits am 8. März 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Ausbau der U 3 geht vor Verlängerung bestehender Linien (2)

Utl.: Baubewilligung für "Hundertwasserhaus"

=++++

15 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung bewilligte unter anderem:

- Die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage Kegelgasse 34-38, Löwengasse 41-43 im 3. Bezirk, des "Hundertwasserhauses". Die Anlage hat zwei Stiegehäuser, insgesamt 50 Wohnungen, eine Arztordination und vier Lokale. Im Keller ist eine Garage mit 37 Stellplätzen vorgesehen. (Mit Stimmenmehrheit).

- Die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage Oberleitengasse 19, Trinkhausgasse im 11. Bezirk. Die Gebäude haben drei Stiegehäuser, 52 Wohnungen und im Keller eine Garage mit 40 Stellplätzen.

- Die Auftragsvergabe für die weitere Projektbearbeitung (Entwurf, Einreichung, Detailstudien usw.) des Wohnbauvorhabens Wien 10, Ankerbrotgründe, an die Verfasser des Vorentwurfs, die Architektengruppe Albrecht - Appel - Kunze - Müller-Hartburg - Neugebauer - Sturmberger um 10 Millionen Schilling. Die städtische Wohnhausanlage umfaßt 781 Wohneinheiten, ein Kindertagesheim, Geschäftslokale und eine Tiefgarage für 550 Personenkraftwagen.

- Die Herstellung einer Solaranlage auf dem Dach eines Kabinengebäudes im Strandbad Gänsehäufel. 36 Kollektoren mit einer Gesamtfläche von rund 150 Quadratmetern sollen das Warmwasser für die Brausegruppen in sechs Gebäuden liefern. (Forts.) sc/rb

NNNN

.....  
Bereits am 8. März 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Ausbau der U 3 geht vor Verlängerung bestehender Linien (3)

Utl.: Stadtrat Wurzer stellt Park and ride-Programm vor

=++++

16 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Wurzer berichtete in der Ausschuß-Sitzung über die Gestaltung der Uferlandschaft des Donaukanals bei der neuen Roßauer Brücke. Sowohl im 2. wie auch im 9. Bezirk werden Stiegen und Rampen (für Radfahrer) von der Brücke zu den Uferwegen führen.

Schließlich stellte der Planungsstadtrat den Ausschußmitgliedern das Park and ride-Programm für Wien vor. Es kann teils kurz-, teils mittelfristig verwirklicht werden. (Schluß) sc/rb

NNNN

Wien verkauft Grundstück für veterinärmedizinische Uni

=++++

6 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte kürzlich den Verkauf von zwei rund 46.000 Quadratmeter großen Grundstücken an den Bund. Die Grundstücke befinden sich im 21. Bezirk in der Donaufelder Straße. Dort soll die veterinärmedizinische Universität errichtet werden.#

Die beiden Grundflächen liegen nördlich der Donaufelder Straße. Die eine reicht bis zum Satzingerweg, die andere erstreckt sich an der Josef-Baumann-Gasse. (Schluß) red/ap

NNNN

Strikte Regelung für Spielapparate

Utl.: Novelle des Veranstaltungsgesetzes verlautbart

=++++

7 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Eine strikte Regelung für Spielapparate bringt die Veranstaltungsgesetznovelle, die vor kurzem verlautbart wurde. Ab sofort müssen die bestehenden Unterhaltungsspielapparate als solche gekennzeichnet werden, damit sie von den künftig zugelassenen "Münzspielgewinnautomaten" - das sind Spielautomaten für das kleine Glücksspiel bis maximal 5 Schilling Einwurf und 100 Schilling Gewinn - unterschieden werden können. #

Alle Spielautomaten müssen eine deutlich lesbare Beschriftung mit wahrheitsgetreuen Angaben über die bereitstehenden Spielmöglichkeiten (bzw. Gewinnchancen bei Münzspielapparaten) sowie Namen, Anschrift und Telefonnummer des Veranstalters tragen. Verstöße ziehen Verwaltungsstrafen nach sich, auch Beschlagnahmen sind möglich.

Alte Konzessionen für Unterhaltungsspielapparate bleiben bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer (höchstens bis 1984/85) wirksam, neue Konzessionen können nur mehr für Spielapparate mit höchstens fünf Freispielen ausgestellt werden. Damit wird ein oft zu größeren Hasardspielen mißbrauchter Apparatetypus aus Wien verschwinden. Hingegen werden Konzessionen für die Münzgewinnspielapparate, die im Rahmen des monopolfreien kleinen Glücksspiels bei maximal fünf Schilling Münzeinwurf einen Höchstgewinn vom 100 S auswerfen, in Zukunft möglich, allerdings nur, wenn das Lokal mehr als 150 Meter von Schulen, Jugendzentren oder anderen Jugendinstitutionen entfernt ist. Außerhalb des Praters und des Böhmisches Praters bleibt die Zahl der Apparate auf zwei pro Lokal limitiert. Verstärkte Kontrollen sollen die Einhaltung der Grenzen des neuen, kleinen Glücksspiels gewährleisten und zur Ausmerzung der nicht mehr konzessionierten alten Apparate beitragen. (Schluß) gab/ko

Große Werbeaktion für die U-Bahn (1)

Utl.: Nächste Woche Verteilung von 20.000 Gratisfahrtscheinen

=++++

8 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Nächste Woche beginnt die große U-Bahn-Werbeaktion der Wiener Verkehrsbetriebe. In der Zeit von Montag, den 14. März, bis Freitag, den 18. März, wird ein City-Bus in allen Wiener Bezirken unterwegs sein, um insgesamt 20.000 Gratisfahrtscheine (je zwei pro Person) zu verteilen.#

Auch in den Informationsstellen der Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz, Stephansplatz und Praterstern sowie beim Zentrum Kagran gibt es ab kommenden Montag - solange der Vorrat reicht - Gratisfahrtscheine. (Vorbestellungen und "Sammelabholungen" sind nicht möglich.)

Die Sonderfahrtscheine sind in der Woche vom 21. bis zum 27. März gültig und sollen zu einer Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln und vor allem zum Kennenlernen der U-Bahn einladen.

Die Werbeaktion ist auch mit einer Fahrgastbefragung verbunden. Die Teilnehmer an den Gratisfahrten werden ersucht, auf einer Karte einige Fragen über ihre Fahrgewohnheiten und über die öffentlichen Verkehrsmittel Wiens zu beantworten sowie Anregungen, Wünsche und Kritik zu äußern.

Zwtl.: Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln soll ausgenützt werden

Ziel der Werbeaktion, die von Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN initiiert wurde, ist es, den erfreulichen Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln - im Vorjahr wurde ein Fahrgastzuwachs von mehr als 17 Prozent erreicht - weiter zu verstärken und neue Fahrgäste zu gewinnen. Die steigenden Fahrgastzahlen in der U-Bahn beweisen, daß die "Silberpfeile" heute schon das beliebteste und attraktivste Verkehrsmittel in der Stadt sind. Da es aber zweifellos immer noch viele Menschen gibt, die die U-Bahn bisher nicht kennengelernt haben, hoffen die Verkehrsbetriebe, durch die Werbeaktion noch zusätzliche Fahrgäste gewinnen zu können. (Forts.)  
ger/ap

9. März 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 655

Große Werbeaktion für die U-Bahn (2)

=++++

9 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Außerdem besteht (bereits seit Jahresbeginn) bis Ende Mai für Gruppen zwischen 15 und 25 Personen die Möglichkeit zu einer Gratisfahrt mit der U-Bahn, bei der qualifizierte Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe auch für Erklärungen und zur Beantwortung von Anfragen zur Verfügung stehen. Zum Programm dieser Gruppenfahrten gehört auch eine Filmvorführung im U-Bahn-Zentrum Karlsplatz. Anmeldungen von Gruppen sind im Informationszentrum der Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz (Telefon: 57 31 86) möglich.  
(Schluß) ger/ap

NNNN

Reduzierung des Schwefelgehaltes im Heizöl

Utl.: Kundmachung im Wiener Landesgesetzblatt erschienen

=++++

10 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch, dem 9. März, ist die Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl erschienen.

Umweltstadtrat Peter SCHIEDER erklärte gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", die Vereinbarung sei ein erster und wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Luftqualität. Die Stadt Wien hätte sich eine noch stärkere Verminderung des Schwefelgehaltes vorstellen können. Daher müßten nun weitere Schritte in diese Richtung gemacht werden.#

Zwtl.: Heizöl schwer in Etappen "entschwefelt"

Entsprechend der Vereinbarung wird der Schwefelgehalt von Heizöl schwer in Etappen reduziert. Bis 31. Dezember 1983 beträgt der höchstzulässige Wert 3 Prozent. Ab 1. Jänner 1984 wird die Reduktion auf 2,5 Prozent und mit 1. Jänner 1985 auf 2 Prozent durchgeführt. Die Werte für Heizöl extra leicht werden mit 0,3 Prozent, für Heizöl leicht mit 0,75 Prozent und für Heizöl mittel mit 1,5 Prozent festgelegt.

Das Landesgesetzblatt, 9. Stück, Jahrgang 1983, mit dem Ausgabedatum 9. März 1983, ist zum Preis von 3 Schilling in der österreichischen Staatsdruckerei und im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse erhältlich. (Schluß) fk/gg

NNNN

## Städtebund gegen zweistufigen Finanzausgleich

=++++

11 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) "Die finanziellen Probleme der Gemeinden können nicht dadurch gelöst werden, daß sich die Länder noch mehr als bisher in die Verteilung der auf Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam entfallenden Steuererträge einschalten", erklärte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Reinhold SUTTNER, zu den jüngsten Vorschlägen des oberösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Josef RATZENBÖCK. Schon jetzt verfügen die Länder über einen nicht unbeträchtlichen Teil der den Gemeinden zustehenden Ertragsanteile. So werden von dem Gemeindeanteil vorweg 13,5 Prozent für Bedarfszuweisungen einbehalten und darüber hinaus 10,5 Prozent im Wege der Landesumlage von den Gemeinden kassiert.

Ratzenböck will die Verteilung aller den Gemeinden zukommenden Ertragsanteile im Wege eines sogenannten zweistufigen Finanzausgleiches ausschließlich durch die Länder vornehmen lassen anstatt wie bisher den Finanzausgleich durch ein paktiertes Gesetz zwischen Bund, Länder und Gemeinden zu regeln. Das ist schon in der Vergangenheit wiederholt auf entschiedene Ablehnung der Interessenvertretungen der Städte und Gemeinden gestoßen, stellte Suttner fest.

Der Vorschlag, die für alle österreichischen Gemeinden bestimmten Felder nach der Einwohnerzahl der neun Bundesländer in neun Töpfe aufzuteilen, würde zu einer ungerechtfertigten Nivellierung führen, weil damit das derzeit zumindest teilweise berücksichtigte länderweise Aufkommen völlig außer Betracht bleiben würde. Die Deckung eines nach Gemeinden unterschiedlichen, sich aus der räumlichen Funktion, dem Konzentrationsgrad und dem Ausmaß der wirtschaftlichen Tätigkeit ergebenden Bedarfs unter Berücksichtigung eines bei allen Gemeinden vorhandenen Grundbedarfs erfolgt zweckmäßigerweise durch einen abgestuften Bevölkerungsschlüssel.

Allerdings wäre die derzeit schon als nicht ausreichend anzusehende Spanne zwischen dem Vervielfältiger für die Kategorie der Kleingemeinden und jenem für die großen Städte zu vergrößern. Eine Verfeinerung dieses Instrumentes könnte durch Einführung neuer Stufen erreicht werden. (Schluß) roh/ap

Gratz bei Messeeröffnung: Arbeitsplätze nicht aus dem Osten  
verlagern

=++++

12 #Wien, 9.3. (RK-POLITIK) Zur Eröffnung der Wiener Frühjahrsmesse gab Bürgermeister Leopold GRATZ Mittwoch seiner Freude Ausdruck, daß diese Messeeröffnung und die bereits laufende Möbelmesse beweise, wie sehr die Wiener Messe tatsächlich lebe. Der Bürgermeister betonte die Wichtigkeit dieser Messe für die österreichische und die Wiener Wirtschaft, umso mehr, als sie sich in völlig freiem Wettbewerb behaupten müsse. #

Da der Begriff Messe durch nicht geschützt sei, müsse die Wiener Messe nicht nur mit etablierten und befreundeten österreichischen Messen, sondern auch mit immer neu auftauchenden Veranstaltungen in Konkurrenz treten. Dabei zeige sich, daß eine echte Messe über die Namensgebung hinaus auch eine reiche Erfahrung und ein Einzugsgebiet mit einer lebendigen und blühenden Wirtschaft brauche und dazu noch eine Stadt, in die man gerne komme. Alle diese Punkte würden bei der Wiener Messe zusammentreffen. Wien sei eine wirtschaftlich gesunde Region mit einer Messe, die eine reiche Erfahrung habe.

#Bürgermeister Gratz dankte dann dem niederösterreichischen Landeshauptmann für die gute Zusammenarbeit in der Region rund um Wien und schnitt auf Grund der zahlreich versammelten Mitglieder der Bundesregierung das Problem der geplanten Verlagerung der VEW-Zentrale in die Steiermark an. Gratz meinte auch im Namen Ludwigs, die Ostregion Österreichs hätte großes Verständnis für Probleme anderer Regionen aber es könne die Hilfe für diese anderen Regionen keinesfalls so ausschauen, daß die Arbeitsplätze aus dem Osten Österreichs weg verlagert würden, schloß der Bürgermeister, der der Wiener Messe großen wirtschaftlichen Erfolg wünschte. #  
(Schluß) rü/ko

NNNN

Neue Wohngemeinschaft des Jugendamtes in Favoriten (1)

=++++

13 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Wohngemeinschaft für "Heimkinder" hat das Jugendamt der Stadt Wien im 10. Bezirk eröffnet, teilte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Mittwoch in einem Pressegespräch mit. Der Wohngemeinschaft ist eine sozialpädagogische Beratungsstelle angeschlossen.#

Das Jugendamt führt bereits seit einiger Zeit vier Wohngemeinschaften, in denen Kindern und Jugendlichen, die bisher in Heimen gelebt haben, in einer normalen Wohnumgebung aufwachsen können. In diesen Wohngemeinschaften werden die Kinder und Jugendlichen von Erziehern betreut.

Die neue Wohngemeinschaft in Favoriten wurde bei der Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage eingeplant. Acht "Heimkinder" im schulpflichtigen Alter haben dort ihr neues Zuhause gefunden. Die familienähnliche und lebensnahe Art des Zusammenlebens soll den Kindern ermöglichen, sich ihren Anlagen entsprechend optimal zu entwickeln. Mit den vier bereits bestehenden Wohngemeinschaften hat das Jugendamt sehr gute Erfahrungen gemacht. (Forts.) emw/ko

NNNN

Neue Wohngemeinschaft des Jugendamtes in Favoriten (2)

Utl.: Alternative zur Heimerziehung

=++++

14 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wohngemeinschaften sind eine Alternative zur Heimerziehung, ebenso wie die Unterbringung von Kindern bei Pflegefamilien. Die Zahl der in Pflegefamilien untergebrachten Kinder ist bereits um 20 Prozent größer als die der Kinder und Jugendlichen, die in Heimen wohnen. Derzeit werden 1.935 Kinder und Jugendliche, deren Eltern wegen persönlicher Krisen oder mangelnder Beziehung zum Kind kürzere oder längere Zeit als Betreuungspersonen ausfallen, institutionell betreut.

Zwtl.: Beratungsstellen betreuen ambulant

Um Familien mit Kindern, die schwerwiegende Probleme haben, zu helfen und sie ambulant zu betreuen, bestehen in Wien zehn sozialpädagogische Beratungsstellen. Eine dieser Beratungsstellen erhält nun ebenfalls in der Wohnhausanlage Troststraße 45, wo auch die Wohngemeinschaft untergebracht ist, neue Räumlichkeiten. Durch die therapeutisch orientierte Arbeit der sozialpädagogischen Beratungsstellen soll versucht werden, Heimaufenthalte von Kindern zu verhindern und Krisen im Elternhaus aufzuarbeiten. In akuten Krisenfällen (Alkoholexzesse der Eltern oder Mißhandlungen) bieten die Beratungsstellen auch Unterkunft und Verpflegung über kürzere Zeiträume an.

Die neue Beratungsstelle befindet sich in Wien 10, Troststraße 45/Stiege 6/R 1 und hat die Telefonnummer 62 62 02. Sie ist wochentags von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Kinder, Jugendliche, Lehrer und Eltern können sich an die Beratungsstelle wenden. (Forts. mgl.)

emw/gg

NNNN